



Wolfgang Hinte

## Sozialräume gestalten statt Sondersysteme befördern

### Zur Funktion Sozialer Arbeit bei der Gestaltung einer inklusiven Infrastruktur

| Teilhabe 3/2011, Jg. 50, S. 100 – 106

**| KURZFASSUNG** Wenn Soziale Arbeit dazu beitragen soll, „Inklusion“ als leitendes Paradigma in der Behindertenhilfe in der konkreten Arbeit im Berufsfeld zu befördern, benötigt sie ein identitätsstiftendes fachliches Konzept, auf dessen Grundlage sie ihre Kompetenzen in allen gesellschaftlichen Feldern so verankert, dass nicht weiterhin Sondersysteme zur Integration befördert werden. Der Beitrag zeigt anhand des Fachkonzepts Sozialraumorientierung die Chancen einer konsequenten Konzeptlogik auf und welche Konsequenzen daraus für Sozialpolitik, Gesetzgebung und Soziale Arbeit erwachsen. Dass derzeit erst ökonomischer Druck ein erstarrtes System zu sinnvoller Innovation treibt, wird nicht argwöhnisch betrachtet, sondern als Chance gesehen, ökonomische Funktionslogik und aufgeklärte sozialarbeiterische Fachlichkeit aufeinander zu beziehen.

**| ABSTRACT** *Organizing Community instead of Sustaining Specials Systems. The Contribution of Social Work to the Creation of an Inclusive Environment. If social work should serve to put the guiding paradigm „inclusion“ into practice, a concept is necessary which promotes a sense of identity and creates the framework to transfer the competencies regarding the support for people with disabilities in all social areas instead of sustaining a special system for integration. This article illustrates the chances which lie within the concept of community orientation and the arising consequences for social politics, legislation and social work. The fact that currently the need for innovation is a consequence of economic pressure should not be considered suspiciously. Rather, this should be seen as a chance for linking economic thinking with professional social work.*

Irgendwo habe ich gelesen, dass ein Mensch mit sog. geistiger Behinderung einem „normal behinderten“ Besucher seiner stationären Einrichtung den Unterschied zwischen Integration und Inklusion folgendermaßen erklärt hat: Wenn man hier einen Haufen bunte Gummibärchen hat und daneben einen nur mit roten Gummibärchen, und wenn man dann die roten Gummibärchen in die Mitte der bunten Gummibärchen legt, dann ist das *Integration*. Wenn aber von Anfang an die roten Gummibärchen zwischen den bunten Gummibärchen liegen, dann ist das *Inklusion*.

Soziale Arbeit ist mit dem Thema Integration auch deshalb beschäftigt, weil Soziale Arbeit selbst ein Bestandteil des Systems ist, das desintegriert: Etikette wie „besonderer Förderbedarf“,

„erziehungsschwierig“, „verhaltensgestört“, „lernbehindert“ usw. rechtfertigen die Existenz Sozialer Arbeit, die wenig zu tun hätte, wenn alle Menschen „inkludiert“ wären – wenn also die Regelsysteme für Sozialisation und Partizipation so ausgestattet wären, dass sie auch mit solchen Menschen einigermaßen klar kommen, die ein wenig aus der Reihe tanzen, langsamer oder zu schnell sind, merkwürdig aussehen, aus der Rolle fallen, sich schwer tun mit dem feinen Unterschied zwischen Randale und lautstark demonstrierter guter Laune oder körperlich oder materiell eingeschränkt sind. Der das gesellschaftliche Feld sondierende, umherschweifende Blick der Sozialen Arbeit führt seit jeher dazu, dass vorhandene Benachteiligung und Ausgrenzung wahrgenommen werden, und er ist somit darauf gerichtet, Zielgruppen

zu definieren (man könnte auch sagen: „zurecht zu schreiben“) – also zu desintegrieren, indem die roten Gummibärchen immer präziser beschrieben und damit Ressourcen für diese Gummibärchen herangeschafft werden. Gleichzeitig wird der Haufen der übrigen Gummibärchen vor diesen roten Gummibärchen verschont bzw. ihnen die Chance vorenthalten, im Umgang mit den roten Gummibärchen zu lernen. Bei aller Programmatik von Inklusion: Derzeit ist auch Soziale Arbeit erst mühsam dabei, im eigenen System *Integration* zu bewerkstelligen, und zwar in einem System, das aus gutem Grund jahrelang auf *Desintegration* hingewiesen und damit desintegriert hat und es immer noch tut. Desintegrations- bzw. Aussonderungsprozesse führten – gesellschaftlich wie sozialarbeiterisch (weil u. a. leistungsgesetzlich erforderlich) befördert – zu einer Standardisierung von Hilfen: abrechenbar und schematisiert, und zwar außerhalb des Regelsystems. Die Folgen sind: anstaltsähnliche Unterbringung, besondere Wohnformen, beschützende Versorgung, unzählige Spezial-Hilfeformen, Kostensätze und Pflegekommissionen. Die Hilfen werden individualisiert, weil nur das Individuum Anspruch auf Hilfe hat – und wiederum liegt das rote Gummibärchen draußen. Heute steht an, die Haltungen und Kenntnisse Sozialer Arbeit in der Schule, in der Arbeitswelt, im Stadtteil/im Kiez, in allen gesellschaftlichen Feldern so zu verankern, dass Soziale Arbeit kein Sondersystem mehr ist, sondern Bestandteil des Regelsystems – also quasi *institutionelle Inklusion*.

### Vom Fall zum Feld

Soziale Arbeit hat sich jahrzehntelang auf dem Hintergrund ständig wechselnder Fachlichkeit bemüht, desintegrierte („benachteiligte“) Menschen zu verändern (neuerdings: zu unterstützen). Mit wenigen Ausnahmen ging es dabei immer um einzelne Menschen, um den sog. „Einzelfall“, also um ein identifiziertes Individuum, dem es schlecht ging, das arm oder behindert war, dem eine Leistung zustand oder das Hilfe suchte. Trotz Gruppenarbeit, trotz Gemeinwesenarbeit: Der Fallbezug dominierte die Soziale Arbeit und er prägt sie bis heute (vgl. HERING 2007). Wir müssen konstatieren: So, wie etwa der Paradigmenwechsel von der *Integration* zur *Inklusion* vollzogen werden muss, muss die Soziale Arbeit den Schritt „vom Fall zum Feld“ (HINTE, LITGES & SPRINGER 1999; FEHREN 2011) vollziehen, und dies in doppelter Hinsicht:

- > zum einen in das räumliche Feld (Sozialraum), in dem die „identifizierten Fälle“ leben,
- > zum anderen muss sie sich selbst als inklusiver Bestandteil eines Feldes unterstützender Regelsysteme professioneller Hilfe verstehen.

Damit tut sich die Profession außerordentlich schwer. Womit hängt das zusammen? Im Konzert mit anderen Professionen spielt Soziale Arbeit bis heute nicht gerade die erste Geige. Wer sich selbst mit Randgruppen beschäftigt, wird schnell zur Randgruppe innerhalb seines eigenen Feldes. Durch die Geschichte hinweg dominiert in der Sozialen Arbeit die Mentalität einer nachgeordneten Instanz. Wie oft kommt es in Ämtern vor, dass ein Gutachten einer Medizinerin oder eines Psychiaters alle vom Stuhl haut, während die Einschätzung des Sozialarbeiters niemals als Anhang zur Akte brauchbar ist? „Mein Rechtsanwalt hat gesagt ...“ klingt einfach anders als „Meine Sozialarbeiterin hat gesagt ...“. Noch mehr wirkt die Wucht eines Richterspruchs: „Das Gericht hat gesagt ...“ (und wenn man dann mal schaut, wie widersprüchlich sich Gerichte verhalten – ein Gericht hält einen prominenten Strafverdächtigen vier Monate in Untersuchungshaft, und das nächste Gericht lässt ihn wieder heraus). Schon seltsam, dass diese und andere Berufsgruppen relativ unhinterfragt ein hohes Prestige besitzen. Nun mag das mit diesen Berufsgruppen und ihren Aufgaben zu tun haben; es kann aber auch ein wenig daran liegen, wie wenig die Profession der Sozialen Arbeit selbst von sich hält.

Diese auch strukturell bedingte Unsicherheit darüber, dass man selbst eigentlich nicht weiß, was man kann, hat dazu geführt, dass Sozialarbeiter sich auch darüber ausweisen, dass sie „Zusatzqualifikationen“ haben. Besonders beliebt: therapeutische Zusatzqualifikationen (am besten: systemische

Sozialarbeit dagegen scheint es geradezu ein Ausweis von Qualität zu sein, eine therapeutische (wahlweise eine heilpädagogische, eine juristische oder eine medizinische) Zusatzausbildung vorweisen zu können. Als Folge dieses merkwürdigen Zustandes verschwimmt das Profil „Soziale Arbeit“. Die Grenzen zwischen Sozialarbeit – Therapie – Pflege – Supervision sind fließend, und manchmal drängt sich der Eindruck auf, Sozialarbeiter wären lieber Therapeuten (das hebt den Status und das Gehalt), während der ein oder andere Sozialarbeiter sich in Wirklichkeit wie ein Pfleger verhält (das hebt zwar nicht den Status, bedient aber das eigene Helfersyndrom).

Wenn Soziale Arbeit nicht mehr nur integrieren, sondern Inklusion fördern und gleichzeitig selbst „inkludiert“ sein will, benötigt sie professionsspezifische Standards, quasi identitätsstiftende Kompetenzen, die Inklusion unterstützen und im Regelsystem anschlussfähig sind. Mit dem Fachkonzept Sozialraumorientierung liegt seit einiger Zeit ein Entwurf vor, solche Kompetenzen zu beschreiben. Die dort benannten Prinzipien dienen als Grundlage für eine fachliche Identität Sozialer Arbeit (also nicht für eine Identität als Therapeutin oder als Fachkraft in der Pflege) und sind inzwischen leitende fachliche Folie für zahlreiche Innovationsprozesse insbesondere in der Jugendhilfe in zahlreichen Städten und Landkreisen in Deutschland, Österreich und der Schweiz (vgl. HALLER, HINTE & KUMMER 2007; HINTE 2009).

### Sozialraumorientierung: ein Fachkonzept für Soziale Arbeit

Grundsätzlich geht es in der Sozialraumorientierung nicht darum, Menschen zu verändern, sondern Arrangements zu schaffen und Verhältnisse zu gestalten. Der Fokus ist immer die Umwelt, das Feld, in dem sich die

*So, wie der Paradigmenwechsel von der Integration zur Inklusion vollzogen werden muss, muss die Soziale Arbeit den Schritt „vom Fall zum Feld“ vollziehen.*

Familientherapie, Organisationsberatung oder Coaching). Von einer Therapeutin würde man wohl kaum hören, dass sie stolz von sich sagt, sie hätte eine „sozialarbeiterische Zusatzqualifikation“, oder welcher Jurist, welche Medizinerin käme auf die Idee, sich sozialarbeiterisch fortzubilden? Für die

jeweiligen Akteure mit ihren Interessen und Lebensentwürfen bewegen. Professionelle in der Sozialen Arbeit sind nicht Spezialisten darin, Vergangenheit aufzuarbeiten oder eine gelähmte Frau zu pflegen, aber sie sind in der Lage, leistungsgesetzliche Möglichkeiten mit individuellen Ressourcen zu verbinden,

Unterstützung bei der Organisation von Alltagsprozessen zu geben und mit Blick auf individuelle und sozialräumliche Möglichkeiten Verbindungen zu anderen hilfreichen Akteuren herzustellen. Sie kennen sich aus im Quartier, in Leistungsgesetzen, im System der sozialen Versorgung und in Varianten knapper, lösungsorientierter Gesprächsführung zur Erkundung des Willens von Menschen sowie in der Moderation von Konfliktsituationen, in denen es darum geht, sich auf nächste Schritte zu verständigen. Ich will die grundlegenden Prinzipien hier kurz und pointiert beschreiben (genauer dazu vgl. HINTE & TREESS 2007; FRÜCHTEL & BUDDE 2010):

1. A und O jedweder Sozialen Arbeit sind Interessen und Wille der Menschen – egal, ob sie uns gefallen oder nicht. In allen Quartieren und Institutionen, in den ich gearbeitet habe, musste ich immer wieder neu lernen: Meine Vorstellungen von gelingendem Zusammenleben sind relativ unbedeutend, und es gilt immer wieder aufs Neue, in den jeweiligen örtlichen Gemengelagen, in den je unterschiedlichen, immer wieder neu abgesteckten Claims, bei den je unterschiedlichen Traditionen, baulichen und materiellen Gegebenheiten, bei den je unterschiedlich vorhandenen Machtkonstellationen, kulturellen und multikulturellen Eigenarten, in diesem oft nur mit Mühe stillgelegten „Bürgerkrieg“ den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, auf dessen Grundlage halbwegs friedliches Zusammenleben möglich ist – ob wir das nun Integration nennen, Zusammenleben ohne Ausgrenzung oder wie auch immer die Programmatik heißt.

Mittlerweile wissen wir, dass eine ausführliche Stadtteilanalyse, forschungsmethodisch sauber erstellt, zwischen zwei Buchdeckel gepresst, durch alle politischen Ausschüsse gejagt und in der Presse veröffentlicht, relativ unbedeutend ist, wenn man herausfinden will, was die Leute in einem Wohnquartier bewegt. Was die Menschen der empirischen Sozialforschung berichten, ist oft nicht das, was im Alltag tatsächlich handlungsrelevant ist. Wenn wir etwa wissen, dass 70 % der Leute in einem Quartier sagen, das größte Problem sei die Arbeitslosigkeit, dann ist das sozialstatistisch bedeutsam, aber für die konkrete Arbeit zunächst unerheblich. Viel wichtiger bei der Gestaltung des Zusammenlebens ist das, worüber die Menschen sich täglich ärgern, worüber sie sich

regelmäßig aufregen und was ihr Herz erfreut. So ist etwa von Relevanz, dass die Nachbarin nicht die Treppe putzt, dass mein Geld nur noch für wenige Tage reicht, dass die Kinder über mir mittags immer Krach machen, dass die Heizkostenabrechnung nicht verständlich ist oder dass der Vermieter immer noch nicht das Badezimmer renoviert hat.

Die Orientierung geht oft von innen nach außen, vom Nahen zum Weiten. Der zwei Straßen weiter geplante Park ist weniger wichtig als der Parkplatz vor der eigenen Haustür. Die feuchte Zimmerdecke in der Wohnung setzt unvergleichlich mehr Energie frei als der Wunsch nach einem Familienzentrum. Eine Wohngruppe von Behinderten in der Wohnung nebenan regt die Nachbarn mehr auf als hohe Ozonwerte im Quartier. Spielende Kinder unter dem eigenen Wohnzimmerfenster aktivieren eher als das niedrige Niveau der Bildungsabschlüsse. Soziale Arbeit sucht Willen und Handlungsbereitschaft der Menschen, vermittelt zwischen verschiedenen Interessen und unterstützt Gruppen, die nicht machtvoll genug sind, sich Bürokratie kompatibel zu organisieren.

Übertragen auf die Arbeit in der Einzelhilfe heißt das, dass der Wille der Menschen (nicht der Wunsch; zur Unterscheidung vgl. HINTE 2007, 106 ff.) die zentrale Grundlage ist für die Durchführung von Maßnahmen im Kontext gewährter sozialstaatlicher Leistungen. In der konkreten sozialarbeiterischen Interaktion wird die Förderung individueller Autonomie geradezu konterkariert, wenn etwa in der Jugendhilfe oder in der Eingliederungshilfe die formulierten Ziele in den Hilfeplänen von den Leistungs- und Kostenträgern (also von Sozialarbeitern, Medizinern oder anderen) für die Betroffenen formuliert werden. Die Energie, sein Leben selbst zu gestalten, wird nicht dadurch erhöht, dass man sich an einem Ziel ausrichtet, das andere (im besten Fall: in guter Absicht) formuliert haben. Sie entwickelt sich indes bzw. sie erhöht sich, wenn ich mir meiner eigenen Ziele bewusst bin und meine eigenen Pläne gemacht habe, um sie zu erreichen. Doch bis heute gibt es keine ausgeprägte Kultur der systematischen Erarbeitung des Willens leistungsberechtigter Menschen, weil derzeit immer gilt: Um eine Leistungsberechtigung zu erhalten, müssen wir ein Defizit konstatieren, und wer dann „die Musik

bezahlt“, bestimmt auch, wie der Mensch sich zu entwickeln hat.

2. *Aktivierung statt Betreuung und Versorgung*: Fachkräfte gerade in der psychosozialen Arbeit sind immer verführt, die Wünsche der Menschen zu hören und diese als Aufträge zu verstehen. In der Sozialraumorientierung wird darauf geachtet, dass Betreuung nicht zur Entmündigung führt und dass Menschen dadurch, dass sie selbst etwas tun, Würde entwickeln und Autonomie behalten. Auch in der Eingliederungshilfe wird häufig die falsche Eingangsfrage gestellt: Welche Unterstützung brauchen die Menschen? Besser wäre es zu fragen: Was können die Menschen selbst? Was wollen sie erreichen? Welche leistungsgesetzlichen Ressourcen stehen ihnen zu? Erst dann muss vereinbart werden, welche Unterstützung sie erhalten. Diese Reihenfolge ist von Bedeutung: Manche Menschen – Einzelklientinnen wie auch Quartierbevölkerung – reden sich äußerst schnell in eine Problemtrance, die Heerscharen von Fachkräften in Bewegung setzt und gleichzeitig dazu führt, dass die Leute selbst nicht aktiv werden, obwohl sie durchaus die Kraft und Fähigkeit dazu hätten. Die aktivierende Haltung darf nicht verwechselt werden mit sozialarbeiterischem Neoliberalismus, der berechnete Leistungen nicht gewährt und darauf setzt, dass man sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zieht. Leistungsgesetzlich garantierte Ressourcen oder Fördergelder für einen Stadtteil zu akquirieren, sind wichtige professionelle Aufgaben, doch nachhaltig wirksam sind sie nur, wenn auf Seiten der begünstigten Menschen bzw. Quartiere nicht eine Haltung gefördert wird, aus der heraus man sich zurücklehnt, auf links und rechts schimpft und die eigenen Möglichkeiten zur Verbesserung der jeweiligen Situation nicht nutzt. Ein beschützendes System trägt leicht dazu bei, dass die behüteten Menschen (gut und manchmal sogar falsch versorgt) unter ihren Möglichkeiten bleiben. „Je mehr sie aktiv beteiligt sind, wenn Dienstleistungen für sie bereitgestellt und passend zugeschnitten werden, desto eher dürfte eine vorsorgende Unterstützung gelingen.“ (WENDT 2011, 6)

3. In einem sozialräumlichen Konzept stehen die Ressourcen sowohl der einzelnen Menschen als auch der Quartiere im Fokus der professionellen Aufmerksamkeit (vgl. KRACH

2010; SEIFERT 2010). Ob eine Eigenschaft eine Ressource oder ein Defizit ist, entscheidet sich im Kontext. Der Jugendliche, der häufig geklaut hat, kann oft am besten auf die Gruppenkasse aufpassen. Schulschwänzer(innen) sind nicht nur erziehungsbedürftige Objekte, die noch nicht kapiert haben, wie wichtig Schule ist, sondern sie können auch gesehen werden als kenntnisreiche Beratungsinstanz für Lehrkräfte, die mit Schulschwänzer(innen) zu tun haben. Nach bürgerlichen Beschreibungs- und Diagnosekriterien sind zahlreiche Menschen verwahrlost, erziehungsschwierig, geistig behindert, entwicklungsgehemmt, verhaltensgestört, verhaltensauffällig und hyperaktiv – in einem anderen Kontext sind die gleichen Menschen kreativ, lebendig, originell, anregend und erheiternd. Reagieren wir auf den 15-jährigen, der dramatisch erklärt „Mein Vater hat versucht, mich umzubringen“, mit empathischem Mitleid oder mit „Gratulation – du hast überlebt“? Liegt mein Fokus auf der Durchhaltetätigkeit eines Menschen oder auf dem Bedauern über die katastrophalen Umstände? Dabei geht es nicht darum, Verhältnisse schön zu reden oder von gesellschaftlich produzierter Ungerechtigkeit abzulenken, es geht darum, die Handlungsfähigkeit innerhalb benachteiligender Bedingungen zu fördern.

Gerade im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen ist das nicht ganz einfach. Wenn ein behinderter Mensch gelernt hat, mehr auf seine Kompetenzen als auf seine Defizite zu schauen, und dann etwa beim Gutachter des medizinischen Dienstes der Krankenkasse tapfer von seinen Hobbys und seinen sportlichen Fortschritten erzählt (anstatt zu klagen, dass er alleine seinen Alltag nicht bewältigt bekommt), dann könnte er sich um Kopf und Kragen und somit um die Leistungen der Pflegekasse reden. Leistungsgesetzliche Finanzierungsstränge setzen das diagnostizierte und immer neu diagnostizierte Defizit voraus, und sie orientieren Fachkräfte wie Leistungsberechtigte darauf, immer wieder die vermeintlichen Schwächen zu benennen. Das prägt die Akteure mental enorm, sowohl bei der Arbeit mit Einzelnen als auch in Quartieren. Auch hier gilt: Es geht nicht darum, Benachteiligung zu ignorieren oder schlechte materielle Verhältnisse schön zu reden. Wir müssen als Fachkräfte lernen, gleichsam in mindestens zwei

Welten zu leben: Zum einen müssen wir auf der Grundlage gezielter Defizitbeschreibungen immer wieder Ressourcen in benachteiligte Quartiere bzw. zu benachteiligten Menschen lenken, gleichzeitig dürfen wir uns nicht den Menschen bzw. den Quartieren gegenüber von diesen Defizitbeschreibungen „chloroformieren“ lassen.

4. *Sozialräumliche Arbeit ist zielgruppen- und bereichsübergreifend angelegt.* Förderprogramme und Leistungsgesetze orientieren auf Anspruchsgruppen bzw. auf Zielgruppen. Ein Wohnquartier ist jedoch nicht feinsortiert nach Zielgruppen, es ist eine nur lose verkoppelte Anarchie, in der natürlich bestimmte Milieus prägend sind und gleichzeitig die Verflochtenheit dieser Milieus täglich deutlich wird. Wer mit Frauen arbeitet, muss auch mit Männern arbeiten; wer mit Arbeitslosen arbeitet, muss auch mit ortsansässigen Unternehmen arbeiten; wer mit Jugendlichen arbeitet, muss auch mit Erwachsenen arbeiten; wer mit Migrant(inn)en arbeitet, muss auch mit Einheimischen arbeiten; wer mit offiziell und amtlich anerkannten Behinderten arbeitet, muss auch mit den „normal Behinderten“ arbeiten. Die Konzentration auf eine bestimmte Zielgruppe verstellt den Blick für die Verflechtungen dieser Gruppe in einem Wohnquartier und verstärkt gelegentlich gar die Isolation bzw. die Marginalität der Zielgruppe. So favorisieren wir konsequent *Quartierprojekte* – und nicht Projekte für oder mit Migrant(inn)en, Menschen mit Behinderungen oder alten Menschen. Natürlich fließen die Geldströme in der Regel über die leistungsberechtigte Zielgruppe, doch ist diese Tatsache auch der gesetzlich induzierten Finanzie-

re bei der Annäherung an ein Wohnquartier von großer Bedeutung – auch und gerade, wenn man Ausgrenzung nicht zusätzlich durch Vorab-Etikettierung befördern will.

Gleiches gilt für den Blick über den jeweiligen Bereich hinaus: Die im sozialen Bereich tätigen Menschen übersehen häufig die Bedeutung von Wohnungsbaupolitik, von Arbeitsmarktpolitik, Schul- und Kulturpolitik und der Politik großer Unternehmen für das jeweilige Quartier und konzentrieren sich zu eng auf das ihnen bekannte Milieu.

5. *Vernetzung und Abstimmung* der verschiedenen sozialen Dienste sind Grundlage für funktionierende Einzelhilfen und für eine nachhaltig wirksame Gestaltung der Regelsysteme im Sozialraum. Die derzeitigen institutionsgestützten Varianten von Doppelbetreuung, Schnittstellen-Chaos und Konkurrenz um „Fälle“ müssen abgelöst werden durch kooperative Verfahren und integrierte, abgestimmte Leistungserbringung.

Im Kern existiert dieses Konzept in seinen basalen Prinzipien seit den 1920er Jahren und hat sämtliche Fachlichkeitsschübe überstanden. Um es in neueren Vokabeln zu sagen: Im Grunde ist es „systemisch“, „lebensweltorientiert“, „ökosozial“, „lösungsorientiert“ und trägt zum „Empowerment“ bei, doch es existierte schon, bevor es in all diese zeitgenössischen Strömungen einfluss: die Gnade der frühen Geburt bzw. des Nachhaltigkeitspotenzials der „alten“ Gemeinwesenarbeit (vgl. HINTE, LÜTTRINGHAUS & OELSCHLÄGEL 2011). Letztlich geht es darum, wegzukommen von der auf die Klientin bzw. den Klienten bezogenen Haltung des „Ich weiß, was für Dich gut ist, und das tun wir jetzt“ über das „Eigentlich

### *Soziale Arbeit muss anschlussfähig sein an die Regelsysteme – besser noch: mehr und mehr Bestandteil der Regelsysteme werden.*

rungslogik geschuldet. Wer das Quartier ausschließlich wahrnimmt als Kulisse für das erwünschte Wohlergehen der eigenen Zielgruppe, übersieht allzu leicht die Energiestränge und Machtströme, die oft erst beim zweiten oder dritten Blick der präferierten Zielgruppe zugute kommen können. Insofern ist ein zielgruppenunspezifischer Blick insbesondere

weiß ich schon, was für Dich gut ist, aber ich höre Dir erstmal zu“ hin zum konsequenten „Dein Wille wird ernst genommen – er ist mir nicht Befehl, aber ich will mich ihm mit meinen fachlichen und den leistungsgesetzlichen Möglichkeiten stellen und dabei alles mir Mögliche tun, damit Du in Deinem Lebensumfeld möglichst selbstständig leben kannst“.

Überholt ist nach diesem Verständnis ein naiv-parteilicher Blick, der sich eng daran ausrichtet, was die jeweilige Zielgruppe vermeintlich benötigt und auf diesem Hintergrund so ziemlich alle Verhaltensweisen der jeweiligen Klient(inn)en entschuldigt oder Quartierleben idealisiert. So sind etwa die Vorstellungen von einem harmonischen Zusammenleben mit viel Akzeptanz, gegenseitiger Hilfe und gelingendem Austausch von Ressourcen durchaus in Ordnung, doch wenn man sie gleichsam als zu erreichende Messlatte nimmt, werden sie zu einem neuen Programm, das vom realen Leben regelmäßig ausgetrickst wird. Natürlich gibt es Kinder und Jugendliche, die sich freuen, wenn der 75-jährige Rentner ihnen vom Krieg erzählt oder irgendwelche Geschichten aus Büchern vorliest. Gleichzeitig gibt es diejenigen Kinder und Jugendlichen, die sich über diesen „alten Sack“ lustig machen, ihre eigenen Kriege für erheblich interessanter halten und viel lieber selbst lesen wollen oder weder was vom Lesen noch vom Vorlesen halten. Da gibt es natürlich den 25-jährigen arbeitslosen Jugendlichen, der sich gern mit dem körperlich behinderten Jugendlichen von nebenan trifft und gern die Freizeit mit ihm verbringt. Auf der anderen Seite gibt es auch die 25-jährigen Arbeitslosen, die angetrunken im Stadtteil randalieren und sich als Opfer mit Vorliebe Alte, Behinderte und Migranten aussuchen. Ein Wohnquartier ist weder gut noch böse, weder ein Hort gelingender Nachbarschaft noch eine Keimzelle von Krieg und Verbrechen. Es gibt in jedem Quartier Gelegenheiten, die Menschen zusammenbringen; es gibt Menschen, die etwas miteinander anfangen können; es gibt integrierende Personen, die über die Milieus hinweg, über Altersgrenzen hinweg, über verschiedene Eigenarten hinweg „normal Verrückte“, „verrückte Normale“, „normal Behinderte“ und „behinderte Normale“ zusammenbringen. Sozialarbeiterische Kompetenz besteht nicht darin, solche Personen zu formen, sie pädagogisch herzurichten, sie zu motivieren – sie besteht darin, sie zu finden und Anlässe zu schaffen, dass diese Personen sich entlang ihren Interessen entwickeln können. Es geht darum, mit offenem Blick die vorhandenen Chancen zu nutzen, die sich täglich bieten. Soziale Arbeit schafft in einer globalisierten, komplexen Welt kleinteilig in schwierig durchschaubaren Quartieren, die Ameisenhaufen gleichen, Begegnungen, Anlässe, Treffpunkte und Ideenwerkstätten, und dort finden sich Menschen, zwischen denen dann die Chemie stimmt. Wer aber versucht, diese Menschen zu „machen“, sie zu moti-

vieren oder sie zu werben, der verkennt die Beharrungskraft sowohl von persönlicher Sozialisation als auch von Quartierrealität. Soziale Arbeit fungiert somit als intermediäre Instanz, die Brücken schlägt sowohl innerhalb der sozialräumlichen Lebenswelt als auch zwischen der Lebenswelt und der Bürokratie – eine Instanz, die zuständig ist für Kommunikation, Ideenproduktion, Organisation und Ressourcenbeschaffung. Damit hat sie nicht mehr die klassische pädagogische Funktion, aus der heraus man gelegentlich ein wenig patriarchal das vermeintlich Beste für die identifizierte Zielgruppe sucht, sondern man vertritt ein gestaltendes Interesse zur Herstellung von guten Lebensbedingungen für möglichst alle Bevölkerungsgruppen (vgl. FEHREN 2011).

Dabei hilft es, wenn Soziale Arbeit anschlussfähig ist an die Regelsysteme (besser noch: mehr und mehr Bestandteil der Regelsysteme wird). Sozialarbeiter(innen) müssen sich in den institutionellen Systemen auskennen, sie müssen ihre Dynamik verstehen, ihre Stärken und Schwächen kennen, die Finanzierungsstränge durchschauen und die Aussonderungsmechanismen bearbeiten. Schwierig ist in diesem Zusammenhang der leistungsgesetzliche Teil. Leistungsgesetze atmen ja den attestierten, außerhalb des Regelsystems zu erbringenden Bedarf: Eingliederungshilfe, Hilfe zur Erziehung, besonderer Förderbedarf usw. Solange die Gesetzessystematik nahezu ausschließlich auf das Defizit fokussiert, kann man noch so viel reden von flexiblen und sozialräumlichen Hilfen, von Ambulantisierung, Normalisierung und Inklusion – die Profession Soziale Arbeit und ihre Institutionen lassen sich von der Gesetzessystematik mental so nachhaltig prägen, dass sie immer erst bei nachgewiesenem Leistungsanspruch „aufs Feld hüpfen“ und dann noch darauf fixiert sind, dort nur die roten Gummibärchen zu bearbeiten. Als präventive Medizin wirken da allenfalls klare fachliche Standards, die als radikale Leitlinien sowohl im Kontakt zu den betroffenen Menschen als auch mit Blick auf die umgebenden juristischen und bürokratischen Systeme dienen.

### Sparen und fachliche Innovation

In der sozialarbeiterischen Fachdiskussion trifft ein aktivierender, auf den Sozialraum bezogener und damit auch einrichtungskritischer Ansatz auf die seit jeher gepflegten Vorurteile so mancher akademischer Innovationskritiker – wie etwa von DAHME & WOHLFAHRT (2009), die ohnehin hinter jeder fachlichen Weiterentwicklung der

letzten 20 Jahre reflexartig den breit angelegten Sozialstaats-Verrat wittern. „Da in allen Feldern der Sozialen Arbeit gegenwärtig Anstrengungen unternommen werden, den Anteil der stationären Einrichtungen zugunsten des Ausbaus ambulanter Versorgungsstrukturen abzubauen, um die damit verbundenen Kosten einzudämmen, ist die Behindertenhilfe angesichts des sehr großen Anteils an stationären und teilstationären Einrichtungen (...) besonders herausgefordert, an Umbauplänen mitzuwirken, um Kosten zu dämmen“ (ebd., 166). Jeder Paradigmenwechsel in der Sozialen Arbeit in Richtung Aktivierung, zivilgesellschaftliches Engagement (vgl. FEHREN 2008) und Ambulantisierung ist umgehend dem Verdikt des neoliberalen Konsolidierertums ausgesetzt, und zwar vornehmlich von denjenigen, die den fachlichen Gehalt nur „mit zusammengekniffenen Augen“ betrachten und sich dafür umso inflationärer zu Wort melden, wenn es um die Analyse finsterner Sparabsichten geht.

Natürlich wird derzeit im Netz der sozialen Sicherung (an vielen Stellen äußerst brutal) gekürzt; natürlich stehen die Sozialsysteme unter hohem Druck, ihre Leistungen zu rechtfertigen; natürlich sind ökonomische Fragen nicht ohne weiteres von sozialarbeiterischen Ansätzen zu trennen. Die Reduzierung stationärer Einrichtungen zugunsten ambulanter Versorgungsstrukturen jedoch gleichsam reflexartig mit kommunalem Kürzungswahn zu verbinden, erschwert die Diskussion um das fachliche (wir können auch gern im Duktus der 1970er Jahre sagen: emanzipatorische) Potenzial etwa eines sozialräumlichen Ansatzes. Ambulante Einrichtungen kosten möglicherweise weniger als stationäre, aber nach bestimmten Standards sind sie gerade im Gefolge der Inklusionsdebatte die besseren; systematisch organisierte nachbarschaftliche Selbsthilfe kostet möglicherweise weniger Geld als professionelle, gleichzeitig ist sie in manchen (nicht in allen) Fällen die im Sinne der Inklusion bessere Unterstützung; der Hinweis auf die Selbsthilfekräfte der Betroffenen spart sicher an der einen oder anderen Stelle die professionelle Betreuung, und gleichzeitig erhält ein Mensch, der sich selbst in seinen Möglichkeiten um seine Belange kümmert mehr an Würde und Autonomie als ein betreuter Mensch, dessen eigene Fähigkeiten durch optimale Betreuung mehr und mehr nachlassen. Der gebetsmühlenartige Hinweis darauf, dass der Anlass für so manche Innovation nicht die Bedürfnisse der leistungsberechtigten Menschen, sondern die aus dem Ruder laufenden Kosten seien, fördert

mittlerweile eine intellektuell mehr und mehr aus dem Tritt kommende Diskussion über Ökonomisierung und lenkt ab von den richtigen fachlichen Implikationen einer Inklusionspolitik, die bedauerlicherweise zu einem Zeitpunkt diskutiert wird, zu dem auf allen Ebenen gespart wird. Im Übrigen: War das in der Sozialarbeit je anders? Vielleicht ist es tatsächlich so, dass erst (realer oder vermeintlicher) ökonomischer Druck ein erstarrtes System zu sinnvoller Innovation treibt, was ja durchaus der kapitalistischen Funktionslogik entspricht.

oder körperlich beeinträchtigte Menschen wohnen können. Dazu braucht es den systematischen Ausbau zielgruppenspezifischer Stadtteilarbeit (Quartiermanagement), u. a. um kommunale Infrastruktur auszubauen und funktionsfähig zu erhalten, anstatt hochspezialisierte Sonderdienste bei jedem neu auftauchenden Problem einzurichten. Wir müssen uns lösen von der zielgruppenspezifischen Unterstützung der uns ans Herz gewachsenen Spezialgruppe. Integrierend betrachtet geht es also nicht nur um Inklusion in der Behin-

schaftsformen so ist), dann müssen wir sozialarbeiterische Fachlichkeit nicht an die Ökonomie anpassen, sondern in der Lage sein, ökonomisch zu denken und dies für unsere fachlichen Vorstellungen zu nutzen. Wir müssen mehr und mehr Varianten schaffen, in denen Finanzierungsstränge, bezogen auf einzelne Anspruchsberechtigte, zu flexiblen Budgets zusammengeführt werden bis hin zu Budgets für soziale Räume. Wir haben in Deutschland zahlreiche leistungsgesetzlich recht gut gemeinte und zum Teil sogar üppig ausgestattete Finanzierungsstränge, die indes einen hohen Abrechnungs- und Bürokratieaufwand nach sich ziehen und immer wieder auf das Individuum und selten auf den Kontext orientieren. Wenn sich eine Familie mit einem behinderten Kind durch eine monatliche Zahlung von einigen hundert Euro einen Assistenten leisten kann, der da und dort hilft, ist das eine feine Sache – besser wäre es, wenn die Regeleinrichtungen im Quartier fit gemacht würden für den Umgang mit behinderten Personen, etwa auch mit Menschen mit schwerer Behinderung und komplexen Unterstützungsbedarfen, und zwar ohne irgendwelche Sonderprogramme für eine Spezialgruppe. Die Addition der monatlichen Zahlungen an einzelne Familien ergäbe eine „hübsche Summe“, mit der man integrative Arbeit in Regeleinrichtungen finanzieren könnte. In der Jugendhilfe haben einige Städte und Landkreise mit Sozialraumbudgets gute Erfahrungen gemacht (vgl. PICHLMEIER & ROSE 2010), und auch in der Eingliederungshilfe gibt es diesbezüglich interessante Versuche (vgl. STEINHART 2009). Wenn man sich einmal anschaut, wie viel Geld über Individualleistungen auch und gerade in benachteiligte Stadtteile fließt, so könnte die Addition dieser Leistungen zur Gestaltung von Lebensbedingungen im Quartier einen erheblichen Qualitätsschub in der Ausstattung des Stadtteils auch und gerade mit Blick auf die Bedarfe benachteiligter Bevölkerungsgruppen bringen.

*Wenn die Profession „Soziale Arbeit“ einen Beitrag zur Inklusion leisten will, dann darf sie sich nicht weiterhin ausschließlich auf den Einzelfall ausrichten.*

### Konsequenzen

Wenn also die Profession „Soziale Arbeit“ einen Beitrag zur Inklusion leisten will und dies auf dem Hintergrund einer durch das Fachkonzept Sozialraumorientierung geprägten Kernkompetenz, dann darf sie sich nicht weiterhin ausschließlich auf den Einzelfall ausrichten, denn allenfalls wird dann der Einzelfall in irgendein Umfeld integriert – also das rote Gummibärchen zwischen die bunten gelegt. Wer Inklusion will, muss den gesamten Apparat der Sozialen Arbeit darauf orientieren, dass die roten Gummibärchen gar nicht erst ausgesondert werden. Wenn wir Inklusion ernst nehmen und wenn Soziale Arbeit ihre langjährig gepflegten Fachlichkeitsschübe (von der Pädagogisierung über die „Versozialwissenschaftlichung“, der Therapeutisierung bis hin zum Sozialmanagement) hinter sich lassen will, muss mehr Energie in die Stärkung alltagsweltlicher Bezüge und damit in die vorhandenen Regeleinrichtungen wie auch die vorhandenen Netze und Ressourcen in den Quartieren investiert werden. Wir benötigen also nicht noch mehr Sozialarbeiter(innen), die spezialisiert sind auf ADHS-Kinder, sondern wir müssen dazu beitragen, dass die Erzieher(innen) in den Kitas wissen, wie man mit ADHS-Kindern umgeht; wir dürfen nicht fixiert sein auf die Werkstätten für Menschen mit Behinderung, sondern müssen wissen, wie man Betriebe bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für körperlich und geistig behinderte Menschen unterstützt; wir müssen nicht die 137. moderne stationäre Einrichtung konzipieren, sondern wir müssen Gebäude und Wohnungen in Quartieren so gestalten, dass dort auch kognitiv

derthilfe oder die Realisierung des Fachkonzepts Sozialraumorientierung, sondern um eine systematischere leistungsgesetzliche Unterstützung einer personengestützten Infrastruktur in sozialen Räumen, die leistungsfeldübergreifend dazu beiträgt, dass unterschiedlichste Menschen mit unterschiedlichsten Ressourcen und Handicaps relativ friedlich und – wenn es geht – in wechselseitiger Unterstützung sowie mit entsprechender staatlicher Unterstützung einigermaßen gerecht koexistieren können. Für diese den Sozialraum gestaltende Arbeit braucht es Mittel, die letztlich auch verschiedenen Leistungsfeldern, sei es die Eingliederungshilfe, die Jugendhilfe, die Arbeitsförderung oder andere Bereiche, zugute kommen. Wenn sich jeder dieser Bereiche einzeln aufmacht und etwa unter der Überschrift „fallunspezifische Arbeit“ (vgl. HINTE 1999) die Ressourcen des Sozialraums für seine jeweilige Zielgruppe erkundet, so ist das wieder mal ein Beispiel für engagierte Umtriebigkeit ohne Sinn und Verstand. Der leistungsfeldübergreifende Aufbau von tragenden Strukturen im Gemeinwesen durch „Sozialraum-Generalisten“ könnte finanziert werden durch relativ geringe Beträge aus den jeweiligen Leistungsfeldern, die in ihrer integrierenden Wirkung im nächsten Schritt durchaus potenziert den jeweiligen Leistungsfeldern zugute kämen (wie etwa beim Quartiersentwicklungsprojekt Q8 der Evangelischen Stiftung Alsterdorf in Hamburg; vgl. SCHULZ 2011).

### Soziale Arbeit und Ökonomie

Wenn in einer Gesellschaft die Ökonomie dominiert (wie das nun mal in modernen spätkapitalistischen Gesell-

Nun ist die Behindertenhilfe weder auf das Persönliche Budget vorbereitet (vgl. dazu SCHÄFERS 2009) noch auf die Sozialraumorientierung. Der Begriff der Inklusion droht zu einer Konzeptvokabel zu werden, die immer präziser formuliert und in ihren wünschenswerten Auswirkungen anschaulich beschrieben wird – immer wieder gut für einen Szenenapplaus auf einem Kongress – und die zwar leuchtet wie ein Fixstern, jedoch den Gang der weltlichen Dinge relativ wenig beeinflusst. Sondereinrichtungen hin, Sondereinrichtungen her: Die Werkstätten für

Menschen mit Behinderung haben durchaus auch marktwirtschaftliche und finanzielle Interessen (sie verweisen auf ihre gute Arbeit und sind ordentlich ausfinanziert); die Sozial- und Gesundheitsämter (Kostenträger) stehen unter dem Druck knapper öffentlicher Kassen – da ist es leichter, im Budget einer Sondereinrichtung gezielt ein wenig zu kürzen als einen anstrengenden Umbau der gesamten Landschaft vorzunehmen. Die stationären Einrichtungen haben Immobilien, Personal und eine langjährig finanzierte (und in der Regel gelobte) Praxis. Sich unter der Konzeptvokabel „Inklusion“ aufzulösen und sich auf eine unsichere Wirklichkeit jenseits von ambulant und stationär einzulassen, bringt ganze institutionelle Biografien durcheinander. Natürlich werden all diese Akteure programmatisch dem Inklusionsgedanken zuneigen und bei Bedarf auch „rote Backen und feuchte Augen“ hervorzubringen, die Mühsal der Umsteuerung jedoch und die Bereitschaft, sich auf einen zehn- bis 20-jährigen Prozess mit nicht unbedingt sicherem Ausgang einzulassen, ist nicht so ohne Weiteres zu erwarten.

Sozialpolitik, Gesetzgebung und die Institutionen Sozialer Arbeit stehen damit vor folgenden Fragen:

- > Wie wird durch rechtliche Vorgaben und Finanzierungsstränge gewährleistet, dass der Wille des betroffenen Menschen und seine persönlich formulierten Ziele im Vordergrund jedweder Hilfe stehen – und nicht das vorhandene Hilfeangebot, das Trägerinteresse, der Markt der Anbieter oder die Sparwut des Kostenträgers?
- > Welche rechtlichen und ökonomischen Vorgaben sind nötig, damit Eigenaktivität der Menschen gefördert wird – und nicht der ausufernde Betreuungswahn, das Helfersyndrom der Profession oder die Belegung der vorhandenen Einrichtungen?
- > Welche rechtlichen und ökonomischen Vorgaben sind nötig, damit wir nicht auf eine Defizitdiagnostik zur Begründung des Leistungsanspruchs angewiesen sind, sondern unter konsequenter Achtung der persönlichen Kompetenzen eines jeden Menschen staatliche Unterstützungsleistungen gezielt als Ergänzung einsetzen?
- > Was müssen Recht und Ökonomie leisten, damit es besser gelingt, sozialräumliche, alltagsweltliche, also Quartier-Ressourcen so zu gestalten, dass Hilfe zu einem frühen Zeitpunkt und mit möglichst geringer staatlicher Unterstützung geschieht – und dies nicht mit dem Interesse, Kosten zu sparen, sondern mit dem Interesse, Hilfen

besser, passgenauer und frühzeitiger zur Verfügung zu stellen?

- > Wie müssen rechtliche Grundlagen und Finanzierungsstränge beschaffen sein, um nicht immer wieder nur auf Zielgruppen zu fixieren, sondern zielgruppenübergreifend und bereichsübergreifend Verhältnisse so gestalten zu können, dass es (idealerweise) gar keine Zielgruppen gibt, und wenn doch, dass diese im Sinne eines inklusiven Ansatzes unterstützt werden?
- > Wie können im derzeitigen System Kooperation und Koordination gefördert werden, damit nicht alle Kraft in Anbieter-Konkurrenz fließt, sondern in den Aufbau eines guten Unterstützungsnetzes, das kooperativ und nicht konkurrierend funktioniert?

#### LITERATUR

- DAHME, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert** (2009): Zwischen Ökonomisierung und Teilhabe. Zum aktuellen Umbau der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. In: *Teilhabe* 48 (4), 164–171.
- FEHREN, Oliver** (2008): Wer organisiert das Gemeinwesen? Berlin: edition sigma.
- FEHREN, Oliver** (2011): Sozialraumorientierung Soziale Dienste. In: Evers, Adalbert; Heinze, Rolf-J.; Olk, Thomas (Hg.): *Handbuch Soziale Dienste*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 442–457.
- FRÜCHTEL, Frank; BUDE, Wolfgang** (2010): Bürgerinnen und Bürger statt Menschen mit Behinderungen. Sozialraumorientierung als lokale Strategie der Eingliederungshilfe. In: *Teilhabe* 49 (2), 52–61.
- HALLER, Dieter; HINTE, Wolfgang; KUMMER, Bernhard** (2007): Jenseits von Tradition und Postmoderne. Sozialraumorientierung in der Schweiz, Österreich und Deutschland. Weinheim: Juventa.
- HERING, Sabine (Hg.)** (2007): Bürgerschaftlichkeit und Professionalität. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- HINTE, Wolfgang** (1999): Fallarbeit und Lebensweltgestaltung – Sozialraumbudgets statt Fallfinanzierung. In: ISA (Hg.): *Soziale Indikatoren und Sozialraumbudgets in der Kinder- und Jugendhilfe*. Münster: Votum, 82–94.
- HINTE, Wolfgang** (2007): Das Fachkonzept „Sozialraumorientierung“. In: Haller, Dieter; Hinte, Wolfgang; Kummer, Bernhard (Hg.): *Jenseits von Tradition und Postmoderne. Sozialraumorientierung in der Schweiz, Österreich und Deutschland*. Weinheim: Juventa, 98–115.
- HINTE, Wolfgang** (2009): Stand der Umsetzung der Sozialraumorientierung: Eine kritische Betrachtung. In: *Jugendhilfe* 47 (4), 233–237.

- HINTE, Wolfgang; LITGES, Gerhard; SPRINGER, Werner** (1999): *Vom Fall zum Feld. Soziale Räume statt Verwaltungsbezirke*. Berlin: edition sigma.
- HINTE, Wolfgang; LITGES, Gerhard; GROPE, Johannes** (2003): *Sozialräumliche Finanzierungsmodelle. Qualifizierte Jugendhilfe auch in Zeiten knapper Kassen*. Berlin: edition sigma.
- HINTE, Wolfgang; LÜTTRINGHAUS, Maria; OELSCHLÄGEL, Dieter** (2011): *Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit*. 3. Aufl. Münster: Votum.
- HINTE, Wolfgang; TREESS, Helga** (2007): *Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativ-integrativer Pädagogik*. Weinheim: Juventa.
- KRACH, Stefanie** (2010): Sozialraumorientierung in der Behindertenhilfe durch stadtteilorientierte Netzwerkarbeit. In: Stein, Anne-Dore; Krach, Stefanie; Niediek, Imke (Hg.): *Integration und Inklusion auf dem Weg ins Gemeinwesen*. Kempten: Klinkhardt, 78–88.
- PICHLMEIER, Werner; ROSE, Gerd (Hg.)** (2010): *Sozialraumorientierte Jugendhilfe in der Praxis. Handreichung für kommunale Entscheidungsträger am Beispiel der Stadt Rosenheim*. Berlin: Kommunal-Verlag.
- SCHÄFERS, Markus** (2009): Wie man aus einem Persönlichen Budget eine verdeckte Sachleistung macht. Eine provokative Anleitung. In: *Teilhabe* 48 (4), 176–183.
- SCHULZ, Birgit** (2011): Q8 – das Quartiersentwicklungsprojekt der Evangelischen Stiftung Alsterdorf. In: *alsterdorf-Magazin der Evangelischen Stiftung Alsterdorf* 17 (3).
- SEIFERT, Monika** (2010): Das Gemeinwesen mitdenken – Herausforderungen für die Behindertenhilfe. In: Stein, Anne-Dore; Krach, Stefanie; Niediek, Imke (Hg.): *Integration und Inklusion auf dem Weg ins Gemeinwesen*. Kempten: Klinkhardt, 32–50.
- STEINHART, Ingmar** (2009): Umsteuerung zu flexiblen Hilfen – Nehmen wir Personen- und Lebensweltbezug endlich ernst! In: Schmidt-Zadel, Regina; Krukenberg, Peter (Hg.): *Kooperation und Verantwortung in der Gemeindepsychiatrie*. Bonn: Psychiatrie-Verlag, 162–171.
- WENDT, Wolf Rainer** (2011): Sorge mit Aussicht. Das Zeitregime sozialer Begleitung zu Hause. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 158 (1), 3–6.

#### Der Autor:

**Prof. Dr. Wolfgang Hinte**

*Institut für Stadtteilentwicklung,  
Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung  
der Universität Duisburg-Essen, Fakultät  
für Bildungswissenschaften, Holzstr. 7–9,  
45141 Essen*

 [issab@uni-due.de](mailto:issab@uni-due.de)